

Presseartikel vom 14.02.2006 aus der OTZ.

Ausgeweiteter Protest gegen Rechts nötig

Pößneck (OTZ/M.K.). Die Arbeit des Pößnecker Aktionsbündnis Courage (ABC) findet zunehmend Beachtung, auch außerhalb der Region. "Man spürt deutlich, dass in Pößneck etwas in Bewegung kommt", sagte Uwe Schubert vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen (Mobit) am Sonntag in Pößneck. Allerdings müsste der Protest ausgeweitet werden und von allen Bevölkerungsteilen, und damit nicht nur den Jugendlichen, getragen werden.

Schubert war Gast einer Podiumsdiskussion, die zum Abschluss eines dreitägigen Treffens von Jugendinitiativen in Pößneck und Hütten stattfand. Das ABC, das Bildungswerk Blitz e.V. und die Amadeu-Antonio-Stiftung aus Berlin hatten am Wochenende Jugendliche und junge Erwachsene aus sechs Bundesländern zum Erfahrungsaustausch zu Gast. Acht Bündnisse waren der Einladung gefolgt.

In einer "Pößnecker Erklärung" formulieren die Teilnehmer ihre Wünsche nach mehr Unterstützung an die Politiker auf kommunaler sowie Bundes- und Länderebene. "Rechtsextremismus darf nicht nur bekämpft werden. Es ist gezielt Vorbeugung nötig", appellierte Katja Schmidt vom ABC an die schulische Bildung. Sie erinnerte an Programme der bundesweit tätigen Amadeu-Antonio-Stiftung wie "Kinderrechte sichern".

Eine ähnliche einung vertrat Landrat Frank Roßner (SPD): "Im Bereic der politischen Bildung können und müssen wir mehr leisten." Bürgermeister Michael Roolant (CDU) appellierte: "Der braune Sumpf darf kein Mittel zum Auseinander dividieren demokratischer Struktuern sein." Roolant erneuerte sein Angebot, die Arbeit des ABC zu unterstützen und bot weiterhin Hilfe bei der Suche nach Räumen an. Er nannte dabei das Freizeitzentrum.

"Es ist keine Frage der Parteipolitik. Widerstand gegen Rechtsextremismus funktioniert nicht ohne Zivilcourage, geht aber nur mit Unterstützung von Justiz und Verwaltung", sagte Gerrit Sprenger vom FDP-Landesfachausschuss für Justiz und Bundesangelegenheiten. Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung schlug ein Treffen mit Bürgermeistern vor, deren Lage in der jeweiligen Stadt der Situation in Pößneck gleichen. Beispiele aus Wurzen, Pirna, Potsdam, Wunsiedel und Verden sollten die Jugendlichen und ihre Verbündeten in Pößneck ermutigen. "Ich freue mich, dass es mittlerweile Wissen auf einem hohen Niveau gibt. Das ist auch ein Ausdruck des Erfahrungsaustausches über lokale Grenzen hinweg", bedankte sich Kahane für die geleistete Arbeit.

Dr. Roland Hahnemann, innenpolitischer Fraktionssprecher der Linkspartei in Thüringen, forderte ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Bisläng zeigte sich die Landesregierung im Umgang mit Neonazis unbedarft, sagte der parteilose Politiker in Pößneck.

Das Mobit und die Volkshochschule des Saale-Orla-Kreises als Kooperationspartner laden unterdessen am 18. Mai nach Pößneck zu einer "Zukunftswerkstatt" ein, in der es ebenfalls um das Thema

Rechtsextremismus gehen wird.

Presseartikel vom 13.02.2006 aus der [Thüringer Allgemeine](#).

Treffen von Initiativen gegen Rechts

von Kai Mudra

Pößneck hat den Ruf einer Stadt mit Rechtsextremisten. Das wieder zu ändern, haben sich dort Initiativen gegen Rechts getroffen.

PÖSSNECK. "Freunde von mir würden nie auf den Gedanken kommen, in Pößneck Urlaub zu machen." Anetta Kahane, die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus engagiert, ist für klare Worte: "Die Stadt hat den Ruf, ein Problem mit Rechtsextremismus zu haben, das schreckt ab", sagte sie gestern in Pößneck und machte klar: Der sich ausbreitende Rechtsextremismus gehe auch scheinbar Unbeteiligte etwas an. Weil plötzlich Existenzen bedroht sind, das Lebensgefühl oder die Sicherheit in einer Stadt beeinträchtigt werden, weil Gewalt droht.

Um besser gegen solche Tendenzen zu wirken, hatten sich am Wochenende bei Pößneck acht Initiativen gegen Rechtsextremismus aus Deutschland getroffen. Eindringlich warnten sie davor, 2007 die Bundesprogramme zur Finanzierung ihrer Arbeit auslaufen zu lassen. In Thüringen sei die Situation besonders ernst, denn im Gegensatz zu fast allen Bundesländern fehle hier ein Programm gegen Rechtsextremismus, sagte der Linkspartei-Abgeordnete Roland Hahnemann.

Pößneck war bewusst als Treff gewählt. Die Stadt hatte im April vergangenen Jahres mit einem Skinhead-Konzert, das nicht verhindert werden konnte, bundesweit auf sich aufmerksam gemacht. Pößneck war auch aufgefallen, weil nach dem Kauf eines großen Veranstaltungsgebäudes durch Neonazis mitten im Zentrum lange nichts unternommen wurde, um das Festsetzen der Rechtsextremen zu erschweren.

Daran hat sich inzwischen einiges geändert. Bislang gibt es keine Genehmigung für die geplante Nazi-Diskotheek. Die Betreiber müssen noch Auflagen der Stadt und des Kreises erfüllen. Und es rührt sich Widerstand. Ein "ABC-Bürgerbündnis Courage" hat sich gebildet. Im Gymnasium, nur drei Minuten vom Neonazi-Treff entfernt, wird mit Schülern offener und intensiver als früher über Themen wie Faschismus und Rechtsextremismus diskutiert.

Hatte CDU-Bürgermeister Michael Roolant noch im vorigen Sommer Konzerte gegen Rechts verhindert, so saß er gestern mit den Initiatoren des Treffens gemeinsam in seinem Rathaussaal und sicherte Unterstützung für künftige Projekte zu: zwar noch halbherzig, aber immerhin.

Auch der SPD-Landtrat des Saale-Orla-Kreises, Frank Roßner,

erklärte, dass die Hilfe zugenommen hat. Nach massiver Kritik vor einem Jahr würden Kommunen nun intensiv vom Land unterstützt. Trotzdem, ein deutliches Bekenntnis aus Erfurt gegen Rechts fehlt bisher.

Und so wird es wohl noch dauern, um Pößneck mit gutem Gewissen wieder als Urlaubsziel empfehlen zu können.

Presseartikel vom 13.02.2006 aus der [OTZ](#).

Widerstand gegen Rechts benötigt mehr Verbündete

Pößneck (OTZ/M. Keim). Der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus stößt nach Ansicht von Uwe Schubert an Grenzen.

"Wir benötigen nicht nur die Unterstützung der ebreits aktiven Jugendlichen, sondern die Mithilfe aller Bevölkerungsteile", sagte der Mitarbeiter des Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Thüringen (Mobit) gestern während einer Podiumsdiskussion in Pößneck. Diese fand zum Abschluss eines Treffens von acht Jugendinitiativen statt. Die Teilnehmer aus sechs Bundesländern folgten einer Einladung des Pößnecker Aktionsbündnisses Courage, der Amadeu-Antonio-Stiftung und des Bildungswerkes Blitz e.V. In einer "Pößnecker Erklärung" fordern die Unterzeichner den "zügigen Ausbau von Förderprogrammen", um die Arbeit der Bündnisse zu stärken. Bürgermeister Michael Roolant (CDU) sicherte dem Aktionsbündnis Courage weitere Unterstützung zu und erinnerte an den in der Stadt gegründeten Präventionsrat. Pößneck war in die Schlagzeilen geraten, nachdem eine Stiftung mit rechtsextremen Hintergrund das ehemals städtische Schützenhaus erworben hatte. Am 2. April 2005 fand hier ein NPD-Landesparteitag mit anschließendem Konzert statt.